



Alexander-Kenneth Nagel

Kommunale Religionspolitik im ländlichen Raum

Die Frage nach einer Religionspolitik im ländlichen Raum erscheint auf den ersten Blick kontraintuitiv zu sein: Abgesehen davon, dass die lokale Ebene in Deutschland keine formale religionspolitische Zuständigkeit besitzt, dürfte es vor allem in kleineren Kommunen an der nötigen politischen und administrativen Differenzierung für eine dezidierte Religionspolitik fehlen. Was aber noch wichtiger ist: Gerade in ländlich geprägten Gemeinden gilt die Religion, verstanden insbesondere als zivilgesellschaftliche Präsenz der verfassten Kirchen, in der Regel als Teil der Lösung und nicht als Herausforderung für den sozialen Zusammenhalt, wird also nicht zu einem policy issue eigener Art.

Religionspolitik im ländlichen Raum – ein Widerspruch?

Die Situation hat sich spätestens mit der Aufnahme von Geflüchteten aus der MENA-Region¹ in den Jahren 2015 und 2016 in vielen Fällen deutlich verändert. Der Zuzug von überwiegend muslimischen Flüchtlingen und ihre Zuweisung auch in ländliche Kommunen zur „Entlastung“ der Mittel- und Oberzentren hat die religiöse und kulturelle Diversität ländlich geprägter Räume und ihre Kultivierung bzw. Regulierung erstmals zum Thema gemacht. Akademisch liegt die Frage nach einer kommunalen Religionspolitik im ländlichen Raum im Schnittpunkt von geografischen und kulturanthropologischen Überlegungen zu „Ländlichkeit“, religionssoziologischen Debatten zur Rückkehr der Religion in den öffentlichen Raum „postsäkularer“ Städte und Beiträgen der Migrationsforschung zur Integrationsleistung ländlicher Räume. Einiger dieser Debatten werde ich im folgenden Abschnitt in aller Kürze umreißen und für ein weiteres Verständnis von Religionspolitik im Sinne einer Religions-Governance argumentieren. Anschließend stelle ich einige Erkenntnisse aus einem laufenden Forschungsprojekt zur religiösen Vergemeinschaftung von Migrantinnen und Migranten auf dem Land vor, um im letzten Abschnitt mit vergleichenden Beobachtungen zur Religionspolitik in ländlichen Kommunen und Großstädten zu schließen.

Religionspolitik in ländlich geprägten Kommunen: Forschungsstand und Vorüberlegungen

Die jüngere Forschung zum ländlichen Raum ringt (ähnlich wie die Religionsforschung) mit und um ihren Gegenstand. Im ersten Band der neu gegründeten humangeografischen Reihe „Kritische Landforschung“ wird gefordert, Ländlichkeit aus dem Niemandsland zwischen „Restraum“ und „Sehnsuchtsraum“ zu befreien (Maschke et al. 2021, S. 7).

Die Restraumperspektive bestimmt den ländlichen Raum als defizitäres Gegenstück zur städtischen Agglomeration, die Sehnsuchtsraumperspektive idealisiert Ländlichkeit als utopischen Gegenentwurf zur entfremdeten, vereinzelt und nichtnachhaltigen städtischen Lebensweise. In beiden Fällen verbleibt das Verständnis von Ländlichkeit im Bann des Urbanen: Land ist im Guten oder im Schlechten das, was nicht Stadt ist. In einem späteren Band derselben Reihe stellen die Herausgeber dieser „Negativdefinition“ eine Bestimmung ländlicher Räume anhand ihrer „sozioökonomischen Lage“ gegenüber und verweisen dabei auf den Landatlas des Thünen-Instituts (Mießner et al. 2022, S. 16). Dieser ermögliche durch angebbare und messbare Kriterien wie Siedlungsdichte und Wirtschaftsstruktur nicht nur eine valide Definition von Ländlichkeit, sondern auch die Analyse von Disparitäten zwischen ländlichen Räumen. Diese Perspektive war auch für unsere Fallauswahl leitend (s. u.).

Jenseits dieser begrifflichen Klärungen stellt Religionspolitik in ländlichen Räumen bisher eine Forschungslücke dar. Eine mögliche Anschlussstelle sind religionssoziologische Studien zur Rückkehr von Religionsgemeinschaften in die Öffentlichkeit „postsäkularer“ Städte. In einem großangelegten europäischen Forschungsprojekt haben Forscherinnen und Forscher nachgezeichnet, dass „faith-based organizations“ die Lücken füllen, die durch den Rückzug des Staates aus der Verantwortung für öffentliche Güter wie soziale Wohlfahrt entstehen (Beaumont/Cloke 2012). Angesichts der Diskussion zur staatlichen Daseinsvorsorge im ländlichen Raum (Scheib 2022) erscheint dieser Aspekt auch für Religionspolitik in ländlich geprägten Kommunen relevant. Andere Autoren sind der Frage nachgegangen, an welcher Stelle des politischen Mehrebenensystems Religionspolitik eigentlich ihren Ort hat. Standen hier lange Zeit insbesondere nationale Religionsregime und formale Fragen des Religionsverfassungsrechts im Vordergrund (Triandafyllidou/Magazzini 2021; Stepan 2010), wurde in letzter Zeit immer wieder auf die lokale Ebene als Schauplatz religiöser Pluralisierung und Arena von Diversitätspolitik hingewiesen (Martínez-Ariño 2019). Angesichts fehlender formaler Zuständigkeiten nutzt

¹ Der Begriff MENA steht für „Middle East and Northern Africa“



die Religionspolitik hier zumeist Instrumente der „soft governance“, etwa im Wege der Zusammenarbeit mit örtlichen interreligiösen Initiativen. Eine solche „Interfaith Governance“ (Griera/Nagel 2018) setzt allerdings ein gewisses Maß an Selbstorganisation, vor allem bei nichtchristlichen Religionsgemeinschaften, voraus, das in ländlich geprägten Kommunen nicht ohne Weiteres gegeben ist.

Parallel zu diesen Debatten zur Regulierung religiöser und kultureller Vielfalt hat die Migrationsforschung zuletzt ein stärkeres Interesse an der Integrationsleistung ländlicher Räume entwickelt. Im Vordergrund steht dabei die Abwägung der Chancen und Risiken ländlich geprägter Kommunen für die Beheimatung bzw. Integration von Migrantinnen und Migranten. In einem neueren Beitrag hat Birgit Glorius aus der Literatur verschiedene „Gunstfaktoren“ zusammengetragen. Dazu gehören die „Überschaubarkeit des Sozialraums, die Intensität persönlicher Beziehungen und sozialer Netzwerke sowie das besondere zivilgesellschaftliche Potenzial ländlicher Räume, das hohe zivilgesellschaftliche Potenzial und die Fähigkeit, bei Abwesenheit einer ausdifferenzierten staatlichen Institutionenlandschaft auftretende Problemstellungen eigenständig zu meistern“ (Glorius 2022, S. 342). Glorius selbst betrachtet diese vermeintlichen Gunstfaktoren durchaus kritisch und stellt ihnen unter anderem Herausforderungen auf der Ebene der „sozialen Kontrolle und der Sanktionierung nicht-konformer Verhaltensweisen“ gegenüber (ebd.). Im selben Band geht Anna Scheib noch einen Schritt weiter und verortet den Diskurs über die Chancen ländlicher Räume für Geflüchtete ideologiekritisch als politische Legitimation für eine „autoritäre Raumordnung“ (Scheib 2022, S. 360).

In der Folge spricht sich Glorius für eine rassismuskritische Perspektive aus. Die Homogenität ländlicher Räume begünstige bestehende Normalitätsannahmen und setze Migranten unter Konformitäts- und Assimilationsdruck: „Das Urteil, ob Neuankommende durch die Betonung ihres ‚Nicht-Andersseins‘ in die kollektive soziale Identität integriert werden, [...] unterliegt der Deutungshoheit der bereits anwesenden Gruppen“ (ebd., S. 344). Religion wird in diesen Debatten bislang nur selten ausdrücklich thematisiert, obwohl sie sich in der jüngeren Vergangenheit immer wieder als wichtiger Marker eines vermeintlichen „Andersseins“ erwiesen hat (Schader-Stiftung 2014, S. 122–132). Während im großstädtischen Kontext vor allem die Gefahr antisemitischer Übergriffe thematisiert wird – gerade auch angesichts des aktuellen Wiederaufflammens des Nahostkonflikts, könnten im ländlichen Raum sichtbare Zeichen des Islam zur Zielscheibe antimuslimischer Übergriffe werden, wie etwa Schändungen muslimischer Gräberfelder nahelegen.

Gerade unter Bedingungen zuweisungsgebundener Migration sowie religiöser und kultureller Pluralisierung scheint die politische Adressierung religiöser Differenz also an

Bedeutung zu gewinnen. Die empirische Forschung dazu steht allerdings derzeit noch am Anfang. So hat der Sozialanthropologe Arndt Emmerich unlängst die interreligiösen Aushandlungsprozesse um einen muslimisch-christlichen Kindergarten in einer norddeutschen Kleinstadt untersucht (Emmerich 2022). Seine Forschung verdeutlicht den Stellenwert gewachsener lokaler Netzwerke und Koalitionen. Sie zeigt zudem, auf welche Weise transnationale Entwicklungen, wie der Putsch in der Türkei im Jahr 2016, auf interreligiöse Beziehungen vor Ort zurückwirken. In einem früheren Impuls in dieser Zeitschrift haben Mehmet Kalender und ich auf der Basis des damaligen Forschungsstands einige Thesen zu religiöser Pluralisierung in Klein- und Mittelstädten formuliert (Nagel/Kalender 2021, S. 13–14). So waren wir davon ausgegangen, dass importierte Konflikte und die Sorgen um „Parallelgesellschaften“ in ländlich geprägten Kommunen aufgrund der geringen Anzahl und Binnendifferenzierung von Menschen mit Migrationsgeschichte seltener zum Thema werden (These 1). Zugleich hatten wir vermutet, dass angesichts der prominenten Rolle der verfassten Kirchen auch andere religiöse Akteure dort eine Art „Legitimitätsvorsprung im öffentlichen Raum“ erhalten (These 2). Wie im Folgenden zu zeigen sein wird, fordern unsere empirischen Ergebnisse zu einer kritischen Modifikation dieser Thesen heraus.

Religions-Governance in ländlich geprägten Kommunen: empirische Erkenntnisse

In diesem Abschnitt möchte ich in aller Kürze einige vorläufige Ergebnisse aus einem laufenden Forschungsprojekt vorstellen. Im Projekt „Religiöse Vergemeinschaftung von Migrantinnen und Migranten auf dem Land“, das vom Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur gefördert wird, untersuchen wir die religiöse Selbstorganisation von Menschen mit Migrationsgeschichte in zwei niedersächsischen Landkreisen. Beide Landkreise zeichnen sich durch einen hohen Grad an Ländlichkeit (gemäß dem Thünen-Landatlas, der unterschiedliche Faktoren, wie Siedlungsdichte und die Wirtschaftsstruktur, in Betracht zieht) und einen hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund aus. Zugleich bestehen Unterschiede mit Blick auf die Wirtschaftsleistung (hohes vs. niedriges BIP) und das religiöse Feld (evangelisch vs. katholisch geprägt).

Eine Hypothese unseres Projekts war, dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einen Einfluss auf die religions- bzw. integrationspolitische Handlungsfähigkeit der Kreisverwaltungen hat. Im Ergebnis unterscheiden sich jedoch die formalen politischen Maßnahmen in diesen Bereichen kaum: Beide Landkreise beschäftigen eine Integrationsbeauftragte, zu deren Aufgaben auch die Netzwerkarbeit mit Migrantenselbstorganisationen (MSO) gehört. Wie stark diese Arbeit religionspolitisch ausgerichtet wird, liegt dabei



auch im individuellen Ermessen der Stelleninhaberinnen. Während die Integrationsbeauftragte im Landkreis Süd ein ausgeprägtes persönliches Interesse an Religion hat und Maßnahmen interreligiöser Verständigung vor Ort vorantreiben möchte, verweist ihre Kollegin im Landkreis West auf Religion als „Streitthema“ und argumentiert vor diesem Hintergrund für ein distanzierteres Verständnis staatlicher Religionsneutralität. In der kommunalen Integrationsverwaltung bestehen also bei religiösen Fragen erhebliche Freiheitsgrade. Diese zeigen sich nicht nur im operativen Geschäft, etwa bei der (Nicht-)Ansprache religiöser MSO im Rahmen der Netzwerkarbeit, sondern auch strategisch und konzeptionell, etwa bei der Formulierung von Integrationskonzepten: Zum Zeitpunkt der Erhebung waren beide Landkreise dabei, erstmalig ein Integrationskonzept zu erstellen, und griffen dabei auf externe Agenturen zurück.²

Unabhängig von ihrer unterschiedlichen persönlichen und fachlichen Haltung zu Religion verfügten beide Integrationsbeauftragte nur über unvollständige Kenntnis des religiösen Felds in ihrem Zuständigkeitsbereich. Ein wichtiger Grund dafür war, dass die kommunale Religionspolitik in beiden Landkreisen weniger auf der Ebene des Kreises als auf der Ebene einzelner Gemeinden ihren Sitz hatte. Infolge früherer Gebietsreformen weisen beide Kreise eine polyzentrische Struktur auf, wobei neben der Kreisstadt noch eine oder mehrere Kleinstädte ähnlicher Größe bestehen, die sich durch gewachsene Strukturen und religiöse Felder auszeichnen. Hier sind zum einen die kommunalpolitischen Gremien angesiedelt, in denen sich auch religiöse MSO organisieren, etwa Orts- und Migrationsräte. Zum anderen finden sich auf Gemeindeebene lokale Netzwerke und Institutionen mit einem Fokus auf interkultureller Beziehungsarbeit und Integration. Diese werden als Plattformen von Religions-Governance wirksam, insoweit Religion als Ausdrucksform der kulturellen Prägungen von Migrantinnen und Migranten in den Blick kommt. Ähnlich wie in Großstädten steht auch hier die Förderung des sozialen Zusammenhalts im Vordergrund: „Parallelgesellschaften“ sollen verhindert und interkulturelles Miteinander gefördert werden. Das zentrale religionspolitische Thema ist die Gleichstellung nichtchristlicher Minderheiten, etwa in Hinblick auf das kommunale Bestattungswesen oder islamischen Religionsunterricht an einer städtischen Schule. Eine Besonderheit ist dabei, dass diese Parity-Claims nicht durch die Migrantinnen und Migranten selbst, sondern durch ansässige Ehrenamtliche formuliert werden.

In den Gemeinden beider Landkreise haben sich Ehrenamtli-

² Diese Einbindung externer Dienstleister könnte ein Indiz für die eingangs angesprochene eingeschränkte integrations- und religionspolitische Handlungsfähigkeit ländlich geprägter Kommunen sein. Im Zusammenhang mit Religions-Governance stellt sich dabei die Frage nach der Religionskompetenz dieser Anbieter. In den beiden Integrationskonzepten unserer Untersuchungslandkreise spielten religionspolitische Erwägungen jedenfalls keine Rolle.

che als wesentliche Träger der Religions-Governance erwiesen. Dabei lassen sich grob ein sozialanwaltschaftlicher und ein partizipationsorientierter Typus ehrenamtlicher Arbeit unterscheiden. Der sozialanwaltschaftliche Ansatz zeichnet sich dadurch aus, dass bürgerliche deutsche Aktivisten ihr kulturelles und soziales Kapital nutzen, um sich für die Gleichstellung von Muslimen einzusetzen. Wie bereits erwähnt, gab es dafür in der Regel kein ausdrückliches Mandat, sondern die (vermeintlichen) Bedürfnisse werden aus dem eigenen sozialen Nahraum heraus erschlossen. Im Unterschied dazu wird der partizipationsorientierte Ansatz vor allem durch Menschen mit Migrationsgeschichte getragen. Ihnen geht es oft weniger um konkrete Gleichstellungsanliegen als um einen allgemeineren Anspruch auf Zugehörigkeit und Anerkennung. Die Aktiven gehören in der Regel zur zweiten Migrationsgeneration und beschreiben sich selbst als interkulturelle Pioniere. Die Erwartungshaltungen der Dominanzgesellschaft spielen für sie eine wichtige Rolle: Zum einen grenzen sie sich von Assimilationserwartungen ab und betonen demgegenüber die Pflege der Sprache und Kultur der Herkunftsländer ihrer Eltern, auf der anderen Seite beschreiben sie ihr eigenes Engagement als eine Art Bringschuld gegenüber der Dominanzgesellschaft. In diesem Zusammenhang kommt es auch immer wieder zu Ämterhäufungen und Überforderungsszenarien.

Resümee: ländlich geprägte Kommunen als Kontrastfall?

Wie eingangs erwähnt, war die Forschung zur kommunalen bzw. städtischen Religionspolitik bislang vor allem eine Metropolitenforschung. Ich möchte daher an dieser Stelle einen ersten Ausblick zu der Frage wagen, inwiefern ländliche Kommunen einen systematischen Kontrastfall darstellen. Um es auf eine einfache Formel zu bringen: Die Governance religiöser Diversität in großstädtischen und ländlichen Kommunen unterscheidet sich eher graduell als kategorial. Die meisten empirischen Beobachtungen aus dem vorangegangenen Abschnitt lassen sich im städtischen Raum ebenso beobachten: Auch hier haben die hauptamtlichen Akteure der Integrationsverwaltung erhebliche Freiheitsgrade bei der religionspolitischen Ausrichtung ihrer Arbeit; auch hier gibt es eine Tendenz zu kleinräumigeren Perspektiven, z. B. von der gesamtstädtischen auf die Quartiersebene; und auch hier wird die Religions-Governance maßgeblich durch Ehrenamtliche mitgetragen. In beiden Kontexten spielen gewachsene Vertrauensverhältnisse und persönliche Beziehungen eine Rolle, wobei sich insbesondere der Bürgermeister als wichtiger Ansprechpartner für religiöse MSO erweist.

Zugleich zeichnet sich ab, dass einige der genannten Tendenzen und Mechanismen in ländlichen Kommunen noch einmal deutlich stärker ausgeprägt sind: Die überschau-

baren Sozialräume und kurze Wege zu Entscheidungsträgern (verstärkt durch Ämterhäufungen und die Überlappung lokaler Eliten) ermöglichen schnelle Entscheidungen, etwa zum Bau einer repräsentativen Moschee, können aber auch zu Ausschlüssen und zur Normierung intrareligiöser Diversität führen. So legt eine etablierte muslimische Gemeinde in einem unserer Landkreise großen Wert darauf, neu hinzugekommene Muslime in ihre Strukturen einzugliedern und positioniert sich kritisch gegenüber anderen islamischen Initiativen. Begründet wird dies mit der fehlenden kritischen Masse muslimischer Menschen vor Ort. Der großstädtische Kontext erlaubt an dieser Stelle eine größere Binnendifferenzierung.

In einem früheren Beitrag hatten wir vermutet, dass aufgrund der geringeren Zahl von Migrantinnen und Migranten die Religionspolitik im ländlichen Raum nicht so stark integrationspolitisch als Mittel zur Sicherung des sozialen Zusammenhalts orientiert ist (s. o.). Demgegenüber legen unsere vorläufigen Ergebnisse den Schluss nahe, dass auch im ländlichen Raum Religions-Governance primär ein Instrument zur Abwendung von „Parallelgesellschaften“ darstellt. Der „Elefant im Raum“ waren dabei neben muslimischen Gemeinschaften vor allem freikirchliche Gruppen von Spätaussiedlern, die zum Teil für ihre Rückzugstendenz und „rückwärtsgewandte“ Haltungen kritisiert wurden. Auch unsere zweite These, die von einer stärkeren postsäkularen Durchdringung ländlicher Räume und einem Legitimitätsvorsprung für religiöse MSO ausging, lässt sich aus dem Material nicht erhärten. Trotz der prominenten Präsenz der verfassten Kirchen im Sozialraum und der politischen Öffentlichkeit beider Landkreise fanden sich keine Hinweise, dass diese Multireligiosität oder Multikulturalität als ihren genuinen Gestaltungsauftrag angenommen hätten.

Und so bleibt am Schluss eine gewisse Ernüchterung und Mahnung vor der Verklärung des ländlichen Raums zum postsäkularen Integrationsidyll: Ebenso wenig wie ländlich geprägte Kommunen per se besser geeignet für die Behausung von Migranten sind, bilden sie eine Religionspolitik eigener Art aus. Auch hier steht die Regulierung religiöser Diversität letztlich im Zeichen sozialer Kohäsion. Zugleich ist zu betonen, dass die hier geschilderten empirischen Eindrücke in jeder Hinsicht vorläufig und punktuell sind. Es besteht also weiterer Forschungsbedarf. Dabei könnte künftige Forschung von der Erkenntnis profitieren, dass Religions-Governance im ländlichen Raum weniger auf Landkreis- als auf Gemeindeebene stattfindet. Interessant scheint auch die Rolle externer Dienstleister bei der Erstellung kommunaler Integrationskonzepte. Hier stellt sich die Frage, ob diese im ländlichen Raum häufiger herangezogen werden, weil Verwaltung und Politik ein komplexes Querschnittsthema, wie Integration, nicht bewältigen können. Dies lässt sich freilich nur im Vergleich mit großstädtischen Kontexten beantworten. Bedeutsamer für die kommunale

Religionspolitik erscheint die Frage, wie es die Anbieter mit der Religion halten. Damit ist sowohl die Religionskompetenz gemeint als auch normative Positionierungen zur Rolle von Religionsgemeinschaften für soziale und strukturelle Integration. Zu fragen wäre schließlich, inwieweit prominente Anbieter (zumindest regional) zu einer Isomorphie oder Konvergenz kommunaler Integrations- und Religionspolitik beitragen.



Prof. Dr. Alexander-Kenneth Nagel

Professor für Religionswissenschaft mit dem Schwerpunkt sozialwissenschaftliche Religionsforschung, Institut für Soziologie, Georg-August-Universität Göttingen

Quellen:

- Beaumont, Justin/Cloke, Paul (2012): Introduction to the Study of Faith-Based Organisations and Exclusion in European Cities. In: Beaumont, Justin/Cloke, Paul (Hg.): Faith-Based Organisations and Exclusion in European Cities. Bristol: Policy Press, S. 1–34.
- Emmerich, Arndt-Walter (2022): Negotiating Germany's first Muslim-Christian Kindergarten: Temporalities, Multiplicities, and Processes in Interreligious Dialogue. In: Social Compass 69 (4), S. 578–595. DOI: 10.1177/00377686221084694.
- Glorius, Birgit (2022): Neue Heimat ländlicher Raum? Zum Umgang mit Einwanderung und „Fremdheit“ in ländlichen Gemeinden in Deutschland. In: Belina, Bernd/Kallert, Andreas/Mießner, Michael/Naumann, Matthias (Hg.): Ungleiche ländliche Räume. Widersprüche, Konzepte und Perspektiven. 1. Auflage. Bielefeld: transcript (Kritische Landforschung, Band 2), S. 339–355.
- Griera, Mar/Nagel, Alexander-Kenneth (2018): Interreligious Relations and Governance of Religion in Europe: Introduction. In: Social Compass 65 (3), S. 301–311. DOI: 10.1177/0037768618788274.
- Martínez-Ariño, Julia (2019): Governing Religious Diversity in Cities: Critical Perspectives. In: Religion, State and Society 47 (4–5), S. 364–373. DOI: 10.1080/09637494.2019.1683404.
- Maschke, Lisa/Mießner, Michael/Naumann, Matthias (2021): Kritische Landforschung. Konzeptionelle Zugänge, empirische Problemlagen und politische Perspektiven. Bielefeld: transcript (Kritische Landforschung. Umkämpfte Ressourcen, Transformationen des Ländlichen und politische Alternativen, Band 1). Online verfügbar unter <https://elibrary.utb.de/doi/book/10.5555/9783839454879>.
- Mießner, Michael/Kallert, Andreas/Belina, Bernd/Naumann, Matthias (2022): Ungleiche Entwicklung ländlicher Räume. Zur Einleitung. In: Belina, Bernd/Kallert, Andreas/Mießner, Michael/Naumann, Matthias (Hg.): Ungleiche ländliche Räume. Widersprüche, Konzepte und Perspektiven. 1. Auflage. Bielefeld: transcript (Kritische Landforschung, Band 2), S. 9–26.
- Nagel, Alexander-Kenneth/Kalender, Mehmet (2021): Religiöse Pluralisierung in Klein- und Mittelstädten. In: vhw – Forum Wohnen und Stadtentwicklung (1), S. 11–14.
- Schader-Stiftung (2014): Abschlussbericht Forschungs-Praxis-Projekt: Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel. Online verfügbar unter https://www.schader-stiftung.de/fileadmin/downloads/pdf/PDF_dynamische_Content/Projekte_2014/Abschlussbericht_Integrationspotenziale_laendlicher_Regionen_im_Strukturwandel.pdf.
- Scheib, Anna (2022): Flucht- und zuweisungsbedingte Migration als Entwicklungsstrategie für ländliche Räume? In: Belina, Bernd/Kallert, Andreas/Mießner, Michael/Naumann, Matthias (Hg.): Ungleiche ländliche Räume. Widersprüche, Konzepte und Perspektiven. 1. Auflage. Bielefeld: transcript (Kritische Landforschung, Band 2), S. 357–371.
- Stepan, Alfred (2010): The Multiple Secularisms of Modern Democratic and Non-Democratic Regimes: APSA 2010 Annual Meeting Paper. Online verfügbar unter <https://ssrn.com/abstract=1643701>.
- Triandafyllidou, Anna/Magazzini, Tina (Hg.) (2021): Routledge Handbook on the Governance of Religious Diversity. London, New York: Routledge (Routledge international handbooks).